

Halina Wawzyniak

1. September 2009

Am 1. September 1939 –also heute vor 70 Jahren- fiel die Wehrmacht am frühen Morgen in Polen ein. Dieses Datum hat sich in das Gedächtnis der Menschheit eingebrannt als Beginn des 2. Weltkrieges. 2194 Tage wurde gewütet, 110 Millionen Soldaten waren in diesen Krieg involviert, am Ende gab es 55 bis 60 Millionen Tote. Was für ein Wahnsinn. Wahnsinn für eine verbrecherische, rassistische Ideologie.

Die Ideologie „Lebensraum“ gewinnen zu wollen, das Konzept von „Blut und Boden“ ist untrennbar mit Faschismus verbunden, ebenso wie der Holocaust der allein mindestens 6 Millionen Juden das Leben kostete. Das macht die spezifische deutsche Geschichte und ihre Singularität aus.

Der 2. Weltkrieg fiel nicht vom Himmel. Es bleibt also die Frage, wie es dazu kommen konnte und was wir heute daraus lernen können.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, 1935 wurde unter Verstoß gegen die Versailler Verträge die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt, erklärte Deutschland die Friedensverträge für null und nichtig und trat aus dem Völkerbund aus. Bereits 1938 wurde Österreich durch Deutschland annektiert und große Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland übergeben. Eines der bittersten Kapitel der Geschichte soll hier und heute nicht unerwähnt bleiben - der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahr 1939, der die Einflussphären von Deutschland und der Sowjetunion in Polen in einem geheimen Zusatzprotokoll abklärte. Auch heute noch gibt es aus meiner Sicht dafür KEINE Rechtfertigung.

Der Beginn des 2. Weltkrieges ist eine Schuld, die nicht allein Hitler auf sich geladen hat. Es ist die kollektive Schuld all derer, die Hitler machen ließen. Das 25 Punkte Programm der NSDAP wurde 1920 beschlossen, wohin die Reise geht hätte also bekannt sein können. In diesem Programm war die Rede von Land und Boden „zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ und in Punkt 6 wurde der Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus allen Staats- und Parteiämtern gefordert. Es wurde erklärt, dass Staatsbürger nur „Volksgenossen“ sein können und „Volksgenosse“ nur jemand sein kann, der „deutschen Blutes“ ist und es wurde ausgeschlossen, dass Jüdinnen und Juden Volksgenossen sein können. Ich will es bei diesen Punkten belassen, weil schon dies allein reicht um dieses Programm verabscheuungswürdig zu finden. Es bleibt nach wie vor unverständlich, weshalb die deutsche Bevölkerung es mit sich geschehen lies, die

Aufhebung großer Teile der Weimarer Reichsverfassung, Verbot aller anderen Parteien und der Gewerkschaften und die Gleichschaltung fast aller gesellschaftlichen Kräfte. Wer weiß, wie die Geschichte geendet hätte, wäre die deutsche Bevölkerung Hitler in den Arm gefallen.

So brachte Deutschland unsagbares Leid über die Welt – zum wiederholten Mal.

Wenn wir heute hier zusammen des Überfalls auf Polen am 1. September 1939 gedenken, dann sollten wir uns auch einig sein, dass der 8. Mai, der Tag an dem Deutschland im Jahr 1945 endgültig kapitulierte, ohne Diskussion als Tag der Befreiung anerkannt wird und das insbesondere der Anteil der sowjetischen Soldaten an der Befreiung nicht in Vergessenheit gerät.

Wir sind heute 70 Jahre weiter aber wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, was wir aus der Geschichte lernen und was daraus an konkreten Handlungsanforderungen insbesondere für die Politik entsteht.

Wer aus der Geschichte lernen will, der muss Faschismus und Rassismus an der Wurzel bekämpfen. Nicht zuletzt die Wahlergebnisse der NPD am vergangenen Sonntag in Sachsen sind dafür ein Beleg. Faschismus und Rassismus müssen wir im Alltag bekämpfen und durch eine aktive Zivilgesellschaft. Schon deshalb muss es endlich eine Regelfinanzierung für all diejenigen Projekte geben, die aufklärende und helfende Arbeiten im Kampf gegen Rechtsextremismus durchführen, wie beispielsweise die mobilen Beratungsteams.

Wer aus der Geschichte lernen will, der sollte endlich alle Urteile wegen „Kriegsverrates“ aufheben und die sog. Kriegsverräter rehabilitieren, wie es Jan Korte von der LINKEN seit 2006 fordert.¹ Es gibt langsam Bewegung in dieser Angelegenheit, aber die Rehabilitierung und die Aufhebung der Urteile muss schnell kommen, andernfalls haben die Betroffenen nichts mehr davon.

Zum anderen aber müssen wir alle wachsam sein, wenn es um Krieg geht. Heute am Antikriegstag sollten wir darauf aufmerksam machen, dass es immer noch Krieg gibt. Das Krieg wieder zum Mittel der Politik erklärt wurde und das es endlich an der Zeit ist Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Auch Deutschland beteiligt sich wieder an kriegerischen Handlungen. Der Spiegel vermeldete am Wochenende, dass US-Präsident Obama über US-Diplomaten führenden Politikern der CDU angekündigt habe, nach der Wahl eine Truppenverstärkung auf 6000 Mann für den Krieg in Afghanistan von Deutschland zu fordern. Hier sollten wir ganz deutlich sagen: „Nicht in unserem

¹ Vgl. BT-Drucksache 16/3139

Namen.“ Wir wollen die Ursachen von Krieg bekämpfen und das geschieht am besten durch die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, durch die Bekämpfung von Hunger und Armut und die Förderung ziviler Konfliktlösungsmechanismen. Nicht zu vergessen ist ein gleicher Zugang zu Bildung, denn sie ist eine Möglichkeit Menschen mit verschiedenen Kulturen bekannt zu machen und Vorurteile abzubauen.

Gehen wir heute und hier auseinander mit der klaren Ansage: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.